

**Mitteilung des Senats  
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)  
vom 7. Juli 2015**

**Entwurf des Achtzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher  
Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 18. RfÄndStV)**

Der Senat bittet die Bremische Bürgerschaft um Kenntnisnahme des 18. RfÄStV und ermächtigt den Präsidenten des Senats, diesen zu unterzeichnen.

Der Entwurf des 18. RfÄndStV beinhaltet die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes (mit Erlaubnisvorbehalt) der Ausstrahlung regionaler Werbung oder anderen Inhalten in einem zur bundesweiten Verbreitung beauftragten oder zugelassenen Programm in den Rundfunkstaatsvertrag. Zugleich stellt der Entwurf klar, dass Werbung Teil des Programmes ist und damit auch der bundesweiten Sendelizenz unterliegt.

**Achtzehnter Staatsvertrag  
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge  
(Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)  
(Stand: 22.06.2015)**

Das Land Baden-Württemberg,  
der Freistaat Bayern,  
das Land Berlin,  
das Land Brandenburg,  
die Freie Hansestadt Bremen,  
die Freie und Hansestadt Hamburg,  
das Land Hessen,  
das Land Mecklenburg-Vorpommern,  
das Land Niedersachsen,  
das Land Nordrhein-Westfalen,  
das Land Rheinland-Pfalz,  
das Saarland,  
der Freistaat Sachsen,  
das Land Sachsen-Anhalt,  
das Land Schleswig-Holstein und  
der Freistaat Thüringen

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

## **Artikel 1**

### **Änderung des Rundfunkstaatsvertrages**

Der Rundfunkstaatsvertrag vom 31. August 1991, geändert durch den Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 18. Juni 2015, wird wie folgt geändert:

§ 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
  - aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:  
„Werbung ist Teil des Programms.“
  - bb) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden zu den Sätzen 2 und 3.
  - cc) Im neuen Satz 3 wird die Verweisung „Satz 1“ durch die Verweisung „Satz 1 und 2“ ersetzt.
- b) Es wird folgender neuer Absatz 11 eingefügt:  
„(11) Die nichtbundesweite Verbreitung von Werbung oder anderen Inhalten in einem zur bundesweiten Verbreitung beauftragten oder zugelassenen Programm ist nur zulässig, wenn und soweit das Recht des Landes, in dem die nichtbundesweite Verbreitung erfolgt, dies gestattet. Die nichtbundesweit verbreitete Werbung oder andere Inhalte privater Veranstalter bedürfen einer gesonderten landesrechtlichen Zulassung; diese kann von gesetzlich zu bestimmenden inhaltlichen Voraussetzungen abhängig gemacht werden.“
- c) Der bisherige Absatz 11 wird der neue Absatz 12 und die Verweisung „Absätze 1 bis 10“ wird durch die Verweisung „Absätze 1 bis 11“ ersetzt.

## **Artikel 2**

### **Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung**

(1) Für die Kündigung des in Artikel 1 geänderten Staatsvertrages sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2015 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkstaatsvertrages in der Fassung, die sich aus Artikel 1 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.